

Der Mindestlohn ist nicht an die Luxemburger Realität angepasst

Im *forum* Interview erläutert die Escher Bürgermeisterin Vera Spautz die Herausforderungen der kommunalen Sozialpolitik

Sie waren 13 Jahre lang Sozialschöffin in Esch. Als Bürgermeisterin haben Sie dieses Ressort behalten. Welchen Wandel stellen Sie nach 14 Jahren in diesem Ressort fest?

Vera Spautz: Ja, seit 13 Jahren arbeite ich an diesem Dossier und wollte es als Bürgermeisterin behalten, um ein Zeichen zu setzen. Zusätzlich habe ich das Finanz-Dossier erhalten. Dabei hilft mir meine langjährige Erfahrung als Sozialschöffin, die Finanzen aus einer anderen Perspektive zu sehen. In den 14 Jahren hat sich die Situation nicht verbessert, vor allem was den Mangel an Sozialwohnungen betrifft. Durch das reformierte Gesetz der Sozialhilfe hat sich jedoch die Arbeitsaufteilung in den Gemeinden optimiert. Die Aufgabenbereiche sind jetzt besser verteilt.

In einem Interview im Januar haben Sie gesagt, dass das Sozialamt (Office social) 7 400 Sozialakten zu bearbeiten hatte und die Nachfrage steigt ...

V. S.: Was auffällt, ist dass sich der Arbeitsaufwand in den verschiedenen Bereichen ändert – in Bezug auf die Anfrage nach einer Sozialwohnung beispielsweise. Heute machen sie 11 % der Anfragen aus. 31 % der Eingeschriebenen stellen einen Antrag auf ein Mindesteinkommen (RMG). Arbeitslosengeld beantragen 5 % und 53 %

stellen einen Antrag für Rückerstattungssangelegenheiten, die die Krankenkasse betreffen.

Vor allem Leute die viele Jahre gearbeitet haben, können einen Beihilfeantrag nicht mit ihrem Selbstverständnis vereinbaren.

In dem gleichen Interview wiesen Sie daraufhin, dass die Stadt Esch seit diesem Jahr mehr Mittel zur Verfügung hat. Hat der Office social genügend Ressourcen?

V. S.: Ab 6 000 Einwohner bekommen die Gemeinden ein/e SozialarbeiterIn gestellt. In Esch aber betreuen wir mehr Personen als in anderen Gemeinden, in denen deutlich weniger Antragsteller zu den Sozialämtern kommen. Zudem werden zum Escher Sozialamt über Umwege Personen aus anderen Gemeinden geschickt. Daneben ziehen auch unsere zusätzlichen Organisationen, die sozial Benachteiligte betreuen – wie die *Stëmm vun der Stroos* – bedürftige Menschen an. Wir arbeiten aber derzeit daran, dass politische Entscheidungen getroffen werden, damit der Bedarf an SozialhelferInnen adäquater berechnet wird.

Die Zahl der Beihilfen ist groß, die Bedingungen, um Beihilfen zu erhalten sind oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Würden Sie diese Kritik teilen? Wie könnte man das ändern?

V. S.: Ja, die Beihilfen-Berechnung muss überarbeitet werden. Aber nicht nach dem Prinzip wie es diese Regierung ankündigt, nach dem Prinzip der sozialen Selektivität. Bei dieser Wortwahl bekomme ich Gänsehaut. Man muss jeder Situation gerecht werden. Ein Beispiel von heute Morgen: Eine Frau mit zwei Kindern, die das Mindesteinkommen bezieht und auf Wohnungs- und Arbeitssuche ist, sollte eigentlich eine Erbschaft antreten. Durch das bürokratische Hin und Her und ihre verflochtene Situation, wird die Erbschaft ihr jetzt verweigert. Mit diesem Geld – auch wenn die Summe bescheiden ist – hätte sie sich eine Wohnung leisten können. Das ist aber nun nicht der Fall, und die Gemeinde muss ihr jetzt eine Wohnung stellen. Auch der Situation junger Leute muss man besser gerecht werden. Das Mindesteinkommen ist in bestimmten Fällen nicht unter 25 zu beziehen. Doch gerade die Jungen brauchen diese Anschubfinanzierung, um aus ihrer Situation zu kommen.

Gibt es Situationen, in denen Menschen keine Beihilfen anfordern?

V. S.: Ja, ich kenne ein paar solcher Fälle. Manche wissen beispielsweise ganz einfach nicht, welche Beihilfen angeboten werden. Andere fürchten schlichtweg die Stigmatisierung. Vor allem Leute, die viele Jahre gearbeitet haben, können einen Beihilfeantrag nicht mit ihrem Selbstverständnis vereinbaren. Diese Leute wenden sich erst an das Sozialamt, wenn es schon fast zu spät ist, und es schwer wird, aus ihrer Situation der Überschuldung raus zu kommen. Zudem dauert es mittlerweile sehr lange, einen Termin beim Überschuldungsdienst zu bekommen, da dieser komplett überlastet ist.

Beihilfen sind oft an den RMG gekoppelt. Könnte man die Beihilfen nicht bedarfsorientierter gestalten?

V. S.: Neben der Teuerungszulage des nationalen Solidaritätsfonds kann man in Esch auch noch eine zusätzliche Zulage beantragen, die nicht zweckgebunden ist, d.h. es ist nicht festgelegt, ob sie die Heiz- oder Müllabfuhrkosten decken soll. Wir haben auch festgestellt, dass viele Unternehmen keine Gehälter über dem Mindestlohn auszahlen wollen oder können. Diese Mindestlohnempfänger befinden sich in prekären Situationen, können aber keine Zulagen beziehen, weil ihr Gehalt die festgelegte Obergrenze für Zulagen überschreitet – wenn auch nur knapp.

Immer mehr Leute erhalten den Mindestlohn. Ist dieser an die Realität der luxemburgischen Gesellschaft angepasst?

V. S.: Nein, überhaupt nicht. Mir ist es ein Rätsel, wie man mit dem Mindestlohn über die Runden kommen soll. Das Stichwort Miete reicht bereits zur Begründung meines Unmuts. Wir wissen, dass es wenig Sozialwohnungen gibt und die Mieten allgemein sehr hoch sind, wie auch die Wohnnebenkosten. Ich stelle Personen aus unserer Gemeinde, die mit einem Mindesteinkommen oder Mindestlohn leben, öfters die Frage, wie sie sich organisieren. Die erste Antwort lautet: Ich spare beim Lebensmitteleinkauf. Das ist sehr dramatisch. Eltern in dieser Situation sind auch auf die Maison Relais angewiesen, die garantieren, dass ihre Kinder eine ordentliche Mahlzeit zu einem günstigen Preis erhalten. Andere Gemeinden stellen

dies auch fest, wie beispielsweise die Gemeinde Wiltz. In der Gemeinde Differdange würde man auf ähnliche Aussagen stoßen, doch diese machen sich nicht gut neben den Schaufensterprojekten dieser Gemeinde, deshalb wird dort weniger über soziale Probleme geredet.

Wer soll sich um die Wohnungsnot kümmern? Sehen Sie die Gemeinden in der Pflicht, soziale Wohnungen bereitzustellen?

V. S.: Absolut. Diese Entwicklung befürworte ich ja auch schon länger. Der Wohnungsbau könnte quotiert werden, und so in jeder Gemeinde verschiedene Wohnmodelle angeboten werden. Der Fond de Logement müsste zudem vermehrt Mietwohnungen anbieten, anstatt Wohnungen zum Verkauf anzubieten.

Gerade viele Frauen sind im Niedriglohsektor gefangen und auf Sozialhilfe angewiesen. Wie können Frauen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden? Aus Ihrer Sicht als Präsidentin der ASBL Zarabina.

V. S.: Ja, vor allem alleinerziehende Mütter befinden sich in schwierigen Situationen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Kinderkrippen zu flexiblen Zeiten zugänglich sind, damit Frauen arbeiten gehen können. Daneben stellt sich die Frage nach der Lohn- und Rentenverteilung zwischen Männern und Frauen. Hier müssen noch Fortschritte erzielt werden. Zudem ist klar, dass Kinder Kleider, Nahrung und Schulmaterial benötigen, deshalb sind Beihilfen hierfür wichtig. Unter der aktuellen Regierung werden diese allerdings gekürzt und die Kürzungen werden die Armen treffen. Neulich hat Herr Grethen, der Mitglied beim europäischen Rechnungshof ist, auf einer Pressekonferenz berichtet, dass die EU 7 Millionen Euro in einem bestimmten Bereich veruntreut hat. Das ist unerhört angesichts des derzeitigen Zulagenzugs für Familien.

Mit 12,5 Prozent ist die Arbeitslosigkeit in Ihrer Gemeinde sehr hoch. Kann die Politik helfen, auch für gering qualifizierte Menschen ordentlich bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen?

V. S.: Es ist eigentlich die Pflicht der Unternehmen zu überlegen, wie sie mehr

Lehrlinge einbinden können, und sie müssen den Personalabbau zugunsten der Aktionäre verhindern. Die Gemeinde Esch investiert rund 1 Million Euro, um der Arbeitslosigkeit entgegenzusteuern. Colabor und Cigel sind z. B. Initiativen, die von der Gemeinde Esch getragen werden. Ungefähr 20 Arbeitslose haben wir nun für 6 Monate eingestellt. Leider wird das Budget für diese Initiativen gekürzt. D. h. wir müssen mit weniger Betreuungspersonal auskommen und es werden künftig weniger Weiterbildungsworkshops angeboten. In den nächsten Jahren werden viele Organisationen vor erheblichen Problemen stehen. Unter der neuen Regierung wird es leider auch nicht zu einer Steuerreform kommen, die solchen Initiativen zugute käme.

Vielen Dank für das Gespräch! ♦

Das Interview wurde am 12.11.2014 geführt. Die Fragen stellten Laurent Schmit und Stephanie Majerus.